Zeitschrift: Die Berner Woche
Band: 37 (1947)
Heft: 48

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

POLITISCHE RUNDSCHAU

Herbstwahlen

-an- *Ein neuer Bundesrat muss gewählt werden.* Der hochverdiente *Herr Stampfli* geht, wie jeder weise Magistrat: Auf der Höhe seiner Verdienste um das Landeswohl. Ob sein Nachfolger soviel zu tun bekommen wird? Und so Erspriessliches, wie der Kampf um die *Wirtschaftsartikel und die AHV.* es waren? Schwere Probleme werden sich eröffnen. Die Konjunktur dauert nicht ewig. Es wird gelten, das Volkswirtschaftsdepartement als *die* Stelle zu halten und zu verteidigen, von welcher aus der wirtschaftliche und politische Friede am besten verteidigt werden kann. Das heisst: Es wird gelten, die Fragen zu verstehen, die unserer Zeit aufgegeben sind. Sie lauten: *Wie kann der Staat in die Wirtschaft lenkend eingreifen, ohne die private Initiative zu gefährden:* Genauer: Wie sehen die Eingriffe aus, welche die Unternehmungslust des Einzelnen *nicht nur nicht ertöten, sondern anspornen und zum vollen Einsatz bringen? Und es wird gelten,* zu verstehen, dass man — mit neuzeitlichen Mitteln — eine abflauende Konjunktur vor dem Absturz in die akute Krise aufzuhalten vermag. Dass es Mittel gibt, welche der Wirtschaft weiterhelfen, ohne dass sich dabei der Staat noch mehr als bisher überschuldet. Ganz abgesehen davon, dass sich regionale Interessen nicht wegschaffen lassen und dass die Parteien wünschen müssen, auch von den sieben Sesseln des Bundesrates aus mitzuregieren und mit an der Verantwortung zu tragen, kommt es darauf an, dass man den Mann findet, welcher die besondere Aufgabe des bald einmal verwaisten Departements in ihrer ganzen Grösse erkennt.

Die Arbeitslast in mehreren Departementen hat seit dem letzten Krieg gewaltig zugenommen. Im VD. ganz besonders. *Der Gedanke, den Bundesrat zu verstärken,* wird dem andern Gedanken gegenübergestellt, *die überlasteten Chefs durch Verlegung der Verantwortlichkeit in die «zweite Reihe»* zu entlasten. Schade, dass man sich mit diesen Fragen wieder so unmittelbar vor dem Wahlgeschäft befassen muss, statt den zusammengetretenen eidgenössischen Räten einen ausgereiften Vorschlag unterbreiten zu können. Aber eben ... die überlasteten Departemente!

Herbstwahlen finden *auch für das bundesstädtische Parlament* statt, und am nächsten Sonntag wird entschieden, ob die bisherige, nahe dem Gleichgewicht Links-Rechts bestehende Mehrheit weiter bestehen oder einer Linksmehrheit Platz machen soll, die ihrerseits ebenso dem Gleichgewicht nahe wäre. Dazu geht es *um den vierten Sitz im Gemeinderat,* den zu erobern die SP. diesmal mehr Aussichten als lange Jahre besitzt, weil nicht ein in Amt und Würden sitzender Magistrat weggewählt werden muss ... etwas, das der Schweizer und zumal der Berner, nicht gern tut. Es wird am Samstag eine heisse Woche hinter den Wählern liegen. Vor allem, weil nicht nur die üblichen Wahlleidenschaften auf *verschärft haben.* Vor allem scharf sind jene Arbeiter- und Angestellten-Kategorien, die im Wettrennen zwischen Preisen und Löhnen immer noch nicht den frühern Reallohn eingeholt haben. In kantonalen Wahlen würde das gleiche Argument auch die Bauernschaft auf die Beine bringen, da auch sie ein Opfer der «ansaugenden Warennot der Welt» und der damit zusammenhängenden Teuerung in der Schweiz ist. Wir werden in ein paar Tagen wissen, ob diese sozialen Umstände eine merkbare Veränderung in den politischen Machtverhältnissen der Bundesstadt zu bewirken vermochten, oder ob die «gute Laune» infolge der fortdauernden Konjunktur die Wähler ebensowenig wie in den eidgenössischen Wahlen verlassen hat.

Frankreich wankt

Während sich *die vier Aussenminister* einer nach dem andern in London einfinden und die Nebengeräusche am Vorabend der Konferenz gewaltig anschwellen, entscheiden sich in Frankreich die Dinge mit unheimlicher Raschheit. Wenn nicht alles trügt, können sich in Paris während der Viererkonferenz Dinge ereignen, die sehr wesentliche Rückwirkungen auf die Verhandlungen Molotow-Marshall (die andern sind ja kaum mehr als Sekundanten), haben könnten.

Robert Schuman unternimmt den Versuch die Republik zu retten

Der 61jährige Finanzminister des Kabinetts Ramadier, der MRP.-Politiker Robert Schuman, welcher vom Staatspräsidenten mit der Neubildung einer Regierung beauftragt worden ist, hat von der Nationalversammlung das Vertrauen mit 412 gegen 184 Stimmen ausgesprochen bekommen. Die neueste Aufnahme aus Paris zeigt Robert Schuman nach dem Verlassen der Nationalversammlung nach dem [illegible]

Der sozialistische Staatspräsident Vincent Auriol hatte, in engstem Einverständnis mit seinem Parteichef *Léon Blum,* versucht, die «dritte Kraft» aus dem Elend des Parteienstreites herauf zu beschwören; ein Kabinett Léon Blum sollte versuchen, in der Kammer die notwendige Mehrheit zu bekommen; der Beweis sollte geleistet werden, dass es diese Kraft gebe, dass ihr genügend viele Deputierte der republikanisch gesinnten Parteien beitreten würden, dass es, mit andern Worten, nur gelte, an den Geist der grossen Revolution zu appellieren, um die Gespenster einer Diktatur, ob sie nun von links oder rechts komme, zu bannen.

Aber das Experiment misslang. Léon Blum wollte keinen Kompromiss erschleichen. Klipp und klar wandte er sich vor den Abgeordneten sowohl gegen *de Gaulle* als auch gegen *Thorez,* der zufällig noch nicht von den Moskauer Oktoberferien nach Hause gekommen war. Der greise «ästhetische Skeptizist», der «Literat», über den Hitler dereinst gespottet, der von allen Lagern als prinzipientreu und sauber anerkannte Demokrat verschmähte jede Lösung, die mit Stimmen von rechts dadurch erkauft worden wäre, dass man «de Gaulle einen grossen Mann» sein liess. Undiplomatisch, nur darauf bedacht, die Parteien vor die Notwendigkeit eines klaren Bekenntnisses zum «Weg der Mitte» zu stellen, riskierte er den Angriff von beiden Seiten. Und unterlag.

Damit stand fest, dass die «dritte Kraft» viel schwächer sei, als Blum gehofft. Umsonst hatte das MRP. die unzuverlässigsten seiner Leute aus der Partei gestossen, um den Rest fester bei der Stange zu halten. Sie folgten der offiziellen Parole nicht, wie gewünscht. Eine Mehrzahl der Gebliebenen scheint ganz einfach das Kommen de Gaulles als Naturnotwendigkeit zu betrachten und wünscht keiner Regierung mehr das Vertrauen auszusprechen, die den General angreift.

Dazu aber kommt etwas Weiteres, vor dem auch die «echten Republikaner» allgemach das Grausen aufsteigen fühlen. Bis weit in die sozialistischen Kreise hinein, und selbstverständlich bei allen MRP.-Leuten fragt man sich, *wie weit die kommunistisch geleiteten Gewerkschaften die Streikbewegung zu treiben gedenken.* Sie glauben nicht, dass Léon Blum und seine Unterführer stark genug seien, um die kommunistischen Gewerkschaftsführer zu stürzen und durch gemässigtere Leute, durch Leute, die so etwas wie ein «Interesse der Nation» anerkennen, zu ersetzen. Sie stellen fest, dass momentan *nur noch fünf Prozent der Kohle* gefördert wird, welche das Land aus eigenen Kräften fördern könnte. Sie erleben, dass *die Lokomotivführer zum grössten Teil streiken* und damit auch die übrigen Ei[illegible]

Belgiens Ministerpräsident Paul Henri Spaak überbrachte der Schweiz Radium als Dank für die Hilfe, die unser Land während des Krieges Belgien zuteil werden liess. Unser Bild: Der belgische Ministerpräsident Spaak (Mitte) nach dem Empfang im Bundeshaus. Rechts der belgische Gesandte in der Schweiz, Minister Vicomte de Lantsheere, links Legationsrat Dr. J. A. Cuttat, Chef des Protokolls im Eidg. Politischen Departement (Phot. W. Nydegger)

all das erweckt bei der kommunistenfreundlichen französischen Bevölkerung den Wunsch nach einer Regierung, die stark genug wäre, diesem nahe dem Generalstreik kommenden Streiken entgegenzutreten. Dieser allgemeine Wunsch liess

die Regierung Schuman

kochkommen. Schuman war bisher in mehreren Kabinetten Finanzminister. Dass er mit seinen Finanzprojekten mehr Erfolg gehabt hätte als Ramadier, Blum und all ihre Vorgänger in der Bewältigung der allgemeinen Landesmisère, wird niemand behaupten wollen. Die Staatsschulden sind weiter gestiegen, der Schwarze Kurs des Francs ist weiter gefallen, die Preise auf dem schwarzen und regulären Markt sind ins Unerträgliche gestiegen, die Reallöhne aller unselbständig Erwerbenden verlieren immer mehr an Kaufkraft, das Budget steht so fern dem Gleichgewicht wie nur je. Kurz und gut, jene streikenden Massen, die vielfach unwissentlich die Geschäfte der Kommunisten besorgen, halten Schuman für einen, der mindestens ebenso schuldig sei an der heutigen wirtschaftlichen Lage wie jeder andere französische Politiker der «republikanischen Mitte».

Dass aber Schuman eine Mehrheit von über 400 Stimmen auf sich vereinigen und hernach zur Bildung eines Kabinetts schreiten konnte, verdankt er *der grossen Verlegenheit Frankreichs*, das eine Regierung braucht und von ihr verlangt, dass sie handeln und schnellstens Ordnung schaffen werde. Gerade heraus gesprochen: Dass sie mit allen irgendwie dienlichen Mitteln dem Streikgespenst den Hals umdrehe.

Was die Welt fürchtet, ersieht man aus zwei kurzen Meldungen. Die erste berichtet, dass *Thorez aus Moskau zurückkomme und dabei in Warschau mit den Vertretern der «Kominform» Fühlung genommen habe.* Er bringe Weisungen aus Moskau mit und plane in Frankreich eine «direkte Aktion». Die kommunistischen Parteisektionen wären längst instruiert und dirigierten ihre schlagfertigen Leute nach der Hauptstadt. Die schrittweise Verschärfung der Streiks diene lediglich als Vorstufe dieser «direkten Aktion». Man kann dieser Meldung mit Skepsis begegnen, wird sich aber daran erinnern müssen, dass seinerzeit in Russland die Arbeiter und Soldaten, welche auf den Strassen für «Brot und Frieden» demonstrierten, kaum eine Ahnung hatten von der Absicht Lenins, mit Hilfe dieser marschierenden Bataillone die Diktatur der bolschewistischen Führergarnitur aufzurichten. Es sind in erster Linie amerikanische Warner, die fürchten, es könnte auf dem Boden des aufgewühlten Frankreich etwas Aehnliches geplant sein.

Dass jedoch auch andere Kreise mit der Möglichkeit bürgerkriegsähnlicher Ereignisse wenigstens in Paris und in den nördlichen Industriegegenden rechnen, beweist eine zweite Meldung: Belgien verstärke seine Grenzwachen an der französischen Grenze. Es wird auch eine Begründung dieser Massnahme mitgeteilt: Man wolle allfällig über die Grenze drängende unerwünschte Elemente fernhalten. Das klingt bedenklich und setzt voraus, dass solche Elemente flüchten müssten. Und flüchten müssten sie entweder, wenn Thorez wirklich das Torenstück eines revolutionären Generalstreiks wagen und dann, wie vorauszusehen, vor den militärischen Kräften der Regierung unterliegen würde, oder aber: Wenn auch ohne eine kommunistische Aktion die Regierung in den ewigen Ausständen den Anlass sähe, mit Militär- und Polizeigewalt den Arbeitsfrieden wieder herzustellen und die «Aktivisten» unter den Gewerkschaftsführern zu ächten.

Was auch komme, Frankreichs Staatsschiff schwankt in diesem letzten Novemberdrittel sehr bedenklich, und die Entwicklung geht mit Riesenschritten nach rechts. Wenn die sozialistische Parole, Streikunruhen seien eine Gefährdung des Landeswohls, nicht durchdringt, schwört man eben auf schärfere Parolen, und die wild werdenden Extremisten rechts rufen nach Pulver und Blei als den einzigen Ueberzeugungsgründen für Unbelehrbare.

Was vermag Schuman auszurichten?

In seinem Kabinett sitzt als *Finanzminister der Gaullist René Meyer.* Das könnte bedeuten, dass man möglichste Eile in der Umdirigierung der bisherigen Finanz- und Budget-Politik, und zwar im Sinne de Gaulles ... und im Sinne amerikanischer Vorschläge und Forderungen ... als nötig erachtet. Es spricht sehr Vieles dafür, dass eine der zentralen Aenderungen im politischen Gesamtkurs Frankreichs just auf diesem Boden stattfinden wird.

Im Grunde genommen kommt es nämlich noch mehr darauf an, was die finanzkräftigen Kreise Frankreichs einem Ministerpräsidenten zutrauen, als darauf, was er wirklich tun wird. Man könnte es auch so sagen: Es kommt darauf an, was sie von ihm erhoffen, und ... was sie von ihm *nicht* befürchten. Die sämtlichen Nachkriegsregierungen, die sozialistischen genau wie die der Koalition MRP.-Sozialisten-Kommunisten, hatten mit einem unsichtbaren Feinde zu kämpfen, von dem unbegreiflicherweise kaum gesprochen wurde: *Mit dem Kapitalstreik.* Es galt als ausgemacht, dass diese Links-Koalition, auch unter der Mitregierung des gut katholischen «Mouvement populaire», dem Finanzkapital steuertechnisch an den Kragen gehen würden. Was wunder, wenn *über drei Milliarden Dollars drüben in Dollarien angelegt* wurden, wenn man die Zinsen drüben liess und abermals zinstragend anlegte!

Das Wunder der Regierung Schuman könnte nun darin bestehen, dass es die Furcht vor den Zugriffen des zozialistisch orientierten Fiskus zerstreuen würde. Darin und in nichts anderem. Das aber könnte ganz ungeahnte Folgen haben. Nämlich die: Dass sich plötzlich Dollars genug finden liessen, um die Importe Frankreichs zu bezahlen. Dass sich Importeure fänden, welche über Nacht die üblen Lücken in der Versorgung Frankreichs schliessen würden. Keine Genietat eines Wundermannes, nur die neu eröffnete Möglichkeit, mit dem Auslegen von Dollars Geschäfte machen zu können, die nicht mehr wie bisher «unrentabel» bleiben müssten. *Der heute 61-jährige Robert Schuman könnte also ohne irgendwelche neue Idee eine wirkliche Wendung dadurch herbeiführen,* dass sein Finanzminister dem Kapital neue Vorteile zeigen würde, für den Fall, dass es sich wieder in Frankreich heimisch mache.

Für den Kommunismus und für die prinzipientreuen Sozialisten bedeutet dies natürlich nur eine der kommenden reaktionären Erscheinungen. Und es würde für sie nichts ändern, selbst wenn dadurch eine gebesserte Versorgung gesichert wäre. Und da vermutlich im ersten Anlauf noch nicht ein Preisfall, sondern das Gegenteil eintreten müsste, würde ihnen der Gang der Ereignisse recht geben. Erst das Ende der Preishausse, das ja nur mit mächtig gesteigerter wirtschaftlicher Tätigkeit kommen kann, könnte ihnen den Wind aus den Segeln nehmen. Von der Rückkehr des Kapitals und vom «Antreten des franzosen-eigenen Dollarkapitals im Dienste Frankreichs» aber erwarten die USA ... und die französische Rechte das wirkliche Aufblühen der Wirtschaft. Die Konjunktur also! Und damit die Versöhnung der Arbeitermassen mit andern Argumenten als mit «Pulver und Blei».